

Sicherheit beim Anlegen

Greensill Capital, Archegos Capital, York Capital Management – alles verlustträchtige Einmalereignisse der vergangenen Monate. Grossbanken hatten die Risiken nicht im Griff.

Text Dr. Patrizia Holenstein

Anlegen ist wie Bergsteigen: Die von den Banken propagierten Sicherheiten bei Anlagen gewähren nicht immer ausreichenden Schutz. Das ist nicht erst seit den Negativ-Schlagzeilen der vergangenen Wochen und Monate bekannt, sondern seit der letzten Finanzkrise im Jahr 2008. Nach dem Kollaps der Lehmann Brothers und des Madoff-Ponzi-Betrugssystems wurde der Ruf nach einer Verstärkung des Anlegerschutzes immer lauter. Auch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht über die Banken (FINMA) stellte bereits vor acht Jahren fest, dass «ein erhebliches Informationsgefälle und Kräfteungleichgewicht zwischen Finanzdienstleistern und Privatkunden» besteht.

Nun erhielt die Schweiz am 1. Januar 2020 ein neues Gesamtkonzept im Bereich des Anlegerschutzes: Das FIDLEG. Die Beziehung zwischen Finanzdienstleistern (Banken, unabhängige Vermögensverwalter, Anlageberater, Trustees) und dem Kunden soll neu am sogenannten Point of Sale in einem einzigen Gesetz geregelt werden. Einige der neuen Regeln und Pflichten wurden bereits umgesetzt, die Mehrheit der Regeln tritt nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren am 1. Januar 2022 in Kraft.

Darum geht es

Da nicht jeder Kunde den gleichen Schutz braucht, werden die Kunden neu in drei Kategorien eingeteilt: Die Privatkunden, die professionellen Kunden und die institutionellen Kunden.

Die am stärksten geschützte Kategorie ist die der Privatkunden, auf welche sämtliche Schutzvorschriften Anwendung finden. Weniger Schutz verdienen die sogenannten professionellen Kunden, das sind vermögende Privatkunden. Als vermögend gelten nach diesen Regeln Kunden, welche Finanzanlagen von mehr als zwei Millionen Franken besitzen, wobei die selbstbewohnte Liegenschaft nicht zu den Finanzanlagen zählt.

Ebenfalls als vermögend gilt, wer lediglich Finanzanlagen von über 500 000 Franken besitzt. Diese Person muss jedoch über Erfahrung im Finanzsektor verfügen. Was das im konkreten Fall genau bedeutet, wird die Gerichtspraxis zeigen.

Bei der dritten Kategorie handelt es sich um institutionelle Investoren. Diese sind die am wenigsten schutzbedürftige Kundengruppe. Für sie gilt ein stark reduzierter Anlegerschutz.

Professionelle und institutionelle Kunden haben die Möglichkeit, freiwillig ein höheres Schutzniveau zu wählen: Professionelle Kunden können sich als Privatkunden, institutionelle Kunden können sich als professionelle Kunden segmentieren lassen (sog. Opting-in).

An dieser Stelle sind jedoch vor allem die Privatkunden und die professionellen Kunden von Interesse. Dass auch professionelle Kunden einen Schutz benötigen, hat kürzlich der Greensill-Skandal gezeigt. Über 1000 Anleger investierten insgesamt zehn Milliarden Dollar in die Greensill-Fonds. Laut Medienmitteilungen sollen unter den Anlegern ca. zehn Prozent Schweizer gewesen sein.

Für all diese Kunden gilt neu ab 1. Januar 2022, dass das Informationsgefälle zwischen den Finanzdienstleistern und den Kunden ausbalanciert werden soll. So sollen alle Anleger im Vorgang einer Investition in ein Produkt eine informierte Entscheidung über die ihnen empfohlene Anlage treffen können.

“ **Da nicht jeder Kunde den gleichen Schutz braucht, werden die Kunden neu in drei Kategorien eingeteilt.**

“ **Der Kunde muss vor einem Investment in einfacher und verständlicher Art und Weise über das Tätigkeitsfeld des Finanzdienstleisters informiert werden.**

Die neuen Schutzbestimmungen Informationspflicht

Der Kunde muss umfassend informiert werden. Dies betrifft nicht nur das Produkt, sondern gerade auch das Tätigkeitsfeld und den Aufsichtsstatus des Finanzdienstleisters. Die zur Verfügung gestellten Informationen müssen dabei aktuell, umfassend und zutreffend sein. Der Kunde muss vor einem Investment in einfacher und verständlicher Art und Weise über das Tätigkeitsfeld des Finanzdienstleisters informiert werden. Das Gesetz umschreibt den Detaillierungsgrad in einem Anhang. Auch allfällige Interessenskonflikte sind offenzulegen.

Dieser Punkt wird immer wieder zur Achillesferse. Im Fall Greensill investierte die Asset Management Division der Credit Suisse (CS) Milliarden an Kundengeldern in Greensill-Fonds. Gleichzeitig gewährte die Kreditspezialisten der Bank der Investmentdivision der Greensill Capital einen Überbrückungskredit. Schlussendlich war Lex Greensill, der Mann hinter Greensill, wohlhabender Unternehmenskunde der Wealth-Management-Division der gleichen Bank. Wenn die CS nun solche Fondsanteile den Kunden ins Depot legen will, sollten die Kunden darüber orientiert sein, welche Verflechtung die Bank bei diesem Produkt hat und was deren Interessen dabei sind.

Angemessenheits- und Eignungsprüfung

Künftig muss der Kundenberater vor Erbringung einer Anlageberatungs- oder Vermögensverwaltungstätigkeit

eine Angemessenheits- und Eignungsprüfung durchführen. Mit anderen Worten: Die finanziellen Verhältnisse (Risikotragfähigkeit), die Anlageziele (Anlagedauer, Anlagezweck, Risikobereitschaft und Anlagebeschränkungen) sowie die Kenntnisse und Erfahrungen des Kunden müssen, mit Blick auf die zu erbringenden Finanzdienstleistungen, evaluiert werden. Gestützt auf die eingeholten Informationen hat der Kundenberater ein Risikoprofil des Kunden zu erstellen, eine sogenannte Angemessenheitsprüfung. Basierend darauf wird mit dem Kunden eine Anlagestrategie festgelegt.

Will der betroffene Kunde dabei gewisse Fragen nicht beantworten, so muss auch dies schriftlich festgehalten werden. Unter Umständen ist der Kundenberater dazu verpflichtet, dem Kunden vom Erwerb eines Finanzprodukts abzuraten. All diese vorgängigen Prüfpflichten sind zu dokumentieren.

Dokumentations-, Rechenschafts- und Herausgabepflichten

Neu hat der Kundenberater gegenüber dem Kunden eine weitreichende Dokumentations- und Rechenschaftspflicht. Diese umfasst bei der Anlageberatung auch die Angaben der Gründe für jede Empfehlung. Der Kunde hat zudem jederzeit Anspruch auf die Herausgabe einer Kopie des persönlichen Kundendossiers sowie sämtliche die Person betreffende Dokumente innert dreissig Tagen.

Herausgabe von Entschädigungen durch Dritte (sog. Retrozessionen)

Vor Jahren führte das Bundesgericht die Rechtsprechung ein, dass Entschädigungen durch Dritte an den Finanzdienstleister dem Kunden herauszugeben ist. Dieser Teil der Vermeidung von Interessenskonflikten ist nun explizit festgeschrieben. Wichtig ist dabei, dass die Berechnungsparameter und die Bandbreite dieser Retrozessionen dem Kunden bekannt gegeben werden müssen. Der Kunde muss in der Lage sein, die Höhe der Retrozession selber berechnen zu können. Der Finanzdienstleister darf die Retrozession nur behalten, wenn der Kunde ausdrücklich auf die Weiterleitung dieser Entschädigung an ihn verzichtet hat.

Ombudsstelle

Jeder Finanzdienstleister muss sich spätestens mit Aufnahme seiner Dienstleistungstätigkeit einer Ombudsstelle anschliessen. Mit diesem Anschluss verpflichtet sich der Dienstleister an einem Vermittlungsverfahren, das die Ombudsstelle auf Beschwerde des Kunden später einleitet, teilzunehmen. Früher war diese Teilnahme freiwillig.

Registrierpflicht

Um die Verhaltenspflichten besser überwachen zu können, müssen die Kundenberater von inländischen Finanzdienstleistern, die nicht beaufsichtigt werden, d.h. die unabhängigen Vermögensverwalter, die nicht bei einer Bank angestellt sind, sowie Kundenberater von ausländischen Finanzdienstleistern, sich in einem schweizerischen Beraterregister eintragen lassen. Eine Eintragung setzt hinreichende Kenntnisse der Verhaltensregeln sowie das notwendige Fachwissen voraus. Zudem müssen alle registrierten Berater nachweisen, dass sie eine Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen und sich einer Ombudsstelle angeschlossen haben.

Die Zukunft wird zeigen, ob der Anlegerschutz aufgrund der neuen Regeln des FIDLEG nachhaltig verbessert wird. Mehr Transparenz für Anleger bedeutet nämlich auch, dass der Anleger diese Rechte auch wahrnehmen muss und die Broschüren bzw. Basisinformationsblätter, die er vom Finanzdienstleister bekommt, nicht ungelesen beiseitelegt. Ansonsten ergeht es den neuen Anlegerschutzbestimmungen gleiche wie den Datenschutzbestimmungen: Diese erscheinen x-mal täglich auf dem Bildschirm und werden ungelesen weggeklickt.

“ **Die Zukunft wird zeigen, ob der Anlegerschutz aufgrund der neuen Regeln des FIDLEG nachhaltig verbessert wird.**

Zur Autorin.

Dr. Patrizia Holenstein ist Gründungspartnerin von Holenstein Brusa Ltd. und begeisterte Bergsteigerin. Sie verfügt über 30 Jahre Erfahrung in allen Bereichen des Bankenrechts und ist selber Verwaltungsrätin einer Bank. Sie prozessiert mit ihrem Team regelmässig vor Gericht.

Holenstein Brusa Ltd.

Holenstein Brusa Ltd. ist eine Anwaltskanzlei mit Büros in Zürich und Lugano, die mit ihrem Team von Experten und Expertinnen und ihrem internationalen Korrespondentennetz Unternehmen und Privatpersonen in sämtlichen Fragen des Wirtschaftsrechts ökonomisch, individuell und zielorientiert berät.

